

# grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

## INHALT

### Ernährung

Die Grünen-Fraktion will die Ernährungswende in Bremen vorantreiben. **S. 2**

### Baumschutz

Die Fraktion will die Baumschutzverordnung deutlich verschärfen. **S. 3**

### Finanzen

Investitionen in Klimaschutz muss Bremen rasch mit Krediten finanzieren. **S. 4/5**

### Klimabonus

Ein Klimabonus soll Ärmeren modernisierte Wohnungen ermöglichen. **S. 6**

## Antirassismus in der Kita

Unter dem Titel „Kita ist bunt“ diskutiert die kinderpolitische Sprecherin Solveig Eschen bei einer Online-Veranstaltung mit Expert\*innen über Antirassismus und interkulturelle Kompetenz in der Kindertagesbetreuung. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 22. September 2022, um 19 Uhr statt. Der Teilnahme-Link lautet <https://meet.goto.com/596368885>.

# Gründächer verpflichtend



**G**ründächer sollen künftig auch für neue Reihenhäuser zur Pflicht werden. Die bisherige Ausnahme im Begrünungsortsgesetz soll gestrichen werden. Ebenso muss die Ausnahme für Gewerbehallen gekippt werden, die mit ihrer großen Fläche viel zum Klimaschutz beitragen könnten. Den entsprechenden Antrag aus der Feder des umweltpolitischen Sprechers Ralph Saxe hat die Bürgerschaft beschlossen. Die Initiative sieht ferner vor, Fassadenbegrünungen bei Neubauten als neues Element ins Ortsgesetz aufzunehmen und diese auch im Förderprogramm für Dachbegrünungen zu

berücksichtigen. Nicht zuletzt soll ein Verbot bestehender Schottergärten geprüft werden.

Mehr Gründächer und begrünte Fassaden sind ein Baustein, um die Folgen des Klimawandels abzumildern und die Biodiversität zu erhöhen, so Ralph Saxe: „Begrünte Dächer tragen zum Schutz der Menschen vor Überhitzung im Sommer bei. Im Winter halten sie bei zunehmendem Starkregen die Niederschläge zurück, die Überflutungsfahr sinkt dadurch. Begrünte Dächer verbessern auch die Luftqualität. Und sie bieten ebenso wie begrünte Fassaden bedrohten Insekten einen Lebensraum.“

# Vegan das Klima schonen

Die Grünen-Fraktion will die Ernährungswende für weniger Treibhausgase in Bremen vorantreiben und die Lebensmittelindustrie dabei unterstützen wissen

Die derzeitige Ernährungsweise führt zu mehr klimaschädlichem Treibhausgas-Ausstoß als der Verkehrssektor. Insbesondere der hohe Fleischkonsum verschärft den Klimawandel und hat desaströse Folgen für die Umwelt, die Tiere und die Gesundheit der Menschen. Die Tierhaltung verbraucht riesige Flächen für die Futtermittelproduktion. Vergiftetes Grundwasser durch Nitrate und Antibiotika-Rückstände sind ebenso die Folge wie auch trockengelegte Moore, abgeholzte Wälder und der Verlust von Artenvielfalt. Vor diesem Hintergrund will die Grünen-Fraktion die Ernährungswende vorantreiben.

Der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck hält die nötige Veränderung der Ernährungsgewohnheiten für ein Gebot der Vernunft. „Getreide gehört auf den Teller, nicht in die Futtertröge der Tierhaltung. Nur wenn der Konsum tierischer Lebensmittel um rund drei Viertel verringert wird, besteht überhaupt noch eine Chance, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten und die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen“, betont Philipp Bruck.

Der klimapolitische Sprecher der Grünen listet in einem jüngst von der Fraktion beschlossenen Positionspapier die verschiedenen Bausteine für eine



klimafreundliche Ernährung auf. Dazu gehören europa- und bundespolitische Forderungen z.B. nach der klimafreundlichen Neuausrichtung der Agrar-Subventionen und dem Abbau der Tierbestände. Aber auch konkrete Maßnahmen für Bremen und Bremerhaven finden sich in dem Papier. Neben einer Informationskampagne und aktualisierten Ernährungsempfehlungen gehört dazu, öffentliche Mensen und Kantinen mit pflanzenbasierten Speisen zu Vorbildern zu machen. Außerdem soll eine Pflanzenkochschule für Gastronom\*innen etabliert werden. Bei Großveranstaltungen wie Bremiale oder Freimarkt soll mindestens die Hälfte der Essensstände rein vegan sein. Um zukunftsfähige Märkte

zu erschließen, soll die Lebensmittelindustrie in Bremen und Bremerhaven bei ihrer Umstellung auf fleischlose Alternativen unterstützt werden. „Die grüne Ernährungswende bietet auch Chancen für die Lebensmittelindustrie, die von neuen Produkten und Märkten profitieren kann und Beschäftigung sichert. Unsere Ernährung entscheidet darüber, die existenzielle Klimakrise noch in den Griff zu bekommen. Und nur mit einer Abkehr von Fleisch, Milch und Eiern kann es wirklichen Tierschutz geben. Denn auch Biofleisch kommt nicht von glücklichen Tieren“, unterstreicht Philipp Bruck.

Das Positionspapier findet sich hier: [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de).



## Bäume besser schützen

Angesichts des beschleunigten Klimawandels fordert die Grünen-Fraktion eine Verschärfung der Baumschutzverordnung für Bremen und Bremerhaven. Schließlich dienen Bäume als CO<sub>2</sub>-Speicher. Außerdem mildern sie die Folgen des Klimawandels. „Die bisherige Baumschutzverordnung stammt aus einer Zeit, in der sie Bauvorhaben nicht erschweren sollte. Heute allerdings schreitet der Klimawandel so rasant voran, dass der Baumschutz erheblich gestärkt werden muss. Einen viel größeren Teil des Baumbestandes zu schützen, ist das Gebot der Stunde. Bäume speichern klimaschädliches CO<sub>2</sub>, wirken gegen die Überhitzung der Stadt und erhöhen die Resilienz urbaner Quartiere bei Starkregen“, betont der umweltpolitische Sprecher Ralph Saxe, der ein Positionspapier der Fraktion zum Thema erarbeitet hat.

Konkret will die Grünen-Fraktion künftig alle Laub- und Nadelbäume in Bremen und Bremerhaven schon ab einem Umfang von 80 Zentimetern geschützt wissen, bisher gelten 1,20 Meter bzw. drei Meter. Nicht gewerblich genutzte Obstbäume und langsam wachsende Bäume wie beispielsweise Eibe, Ilex, Feldahorn, Weiß- und Rotdorn sollen künftig bereits ab einem Stammumfang von 60 Zentimetern statt bisher 80 Zentimetern vor dem Fällen bewahrt werden. Ebenso fordern die Grünen, Alleen und Baumgruppen zu bewahren.

Alle als Ersatz z.B. für Bauvorhaben gepflanzten Bäume sollen fortan unabhängig von ihrem Stammumfang geschützt werden. Bei Nachverdichtungen ist ein ausreichend großer Wurzelraum zu beachten. Für besonders große Bäume, die Neubauten oder neuen Straßenbahnlinien

weichen müssen, sollen mehrere Ersatzpflanzungen erfolgen. Die Grünen erwarten, dass der Baumschutz auf Baustellen intensiver kontrolliert wird. Bußgelder und Ablösebeträge sollen zweckgebunden in einen Baumfonds für Nachpflanzungen fließen.

„Bäume sorgen für saubere Luft, verdunsten Wasser und kühlen bei Hitzewellen die Stadt herunter. Sie bieten zahlreichen Tieren einen Lebensraum. Sie tragen zur Lebensqualität der Menschen bei. Bäume sind damit von unschätzbarem Wert. Aber auch ihr rein finanzieller Wert gebietet sorgsamem Umgang: Allein die rund 82.000 Straßenbäume in Bremen und der Seestadt haben einen Nachpflanzwert von 369 Millionen Euro“, so Ralph Saxe.

Mehr zum Thema auf der Homepage: [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

# „Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren“

Der Fraktionsvorsitzende Björn Fecker erläutert im Interview, warum an der Kreditfinanzierung für den Klimaschutz kein Weg vorbei führt

**S**ieben Milliarden Euro: So viel Geld braucht Bremen schätzungsweise, um bis zum Jahr 2038 klimaneutral zu werden. Diesen Bedarf hat die Klima-Enquetekommission ermittelt. Für diese finanzielle Größenordnung enthält der normale Landeshaushalt nicht ansatzweise die erforderlichen Spielräume. Bremen will deshalb die Klimakrise zur außergewöhnlichen Notsituation erklären. Das soll eine Ausnahme von der Schuldenbremse für ein kreditfinanziertes Klimaschutzprogramm ermöglichen, wie es die Grünen gefordert hatten.

**Das Gutachten des renommierten Verfassungsrechtlers Prof. Joachim Wieland untermauert die Ausnahme von der Schuldenbremse für den Klimaschutz. Auch das Bundesverfassungsgericht sieht den Staat in der Pflicht, beim Klimaschutz zu handeln. Andererseits ist in Karlsruhe noch eine Klage der Union gegen Kreditermächtigungen für den Klimaschutz im Nachtragshaushalt des Bundes anhängig. Wie rechtssicher ist der Bremer Weg?**

**Björn Fecker:** Wir sind überzeugt, dass dieser Weg nicht nur inhaltlich

geboten, sondern auch rechtlich zulässig ist. Das Bundesverfassungsgericht war sehr eindeutig in seinem Urteil zur Handlungsverpflichtung zur Bekämpfung des Klimawandels. In der Ergänzung mit dem Gutachten von Professor Wieland habe ich rechtlich keine Bedenken.

**„Nicht in Klimaschutz zu investieren wäre die teuerste Variante.“**  
Björn Fecker

**Es ist nicht zu befürchten, dass sich Bremen mit dem Klima-Sondertopf das Wohlwollen von Bund und Ländern verscherzt – immerhin ist das kleinste Bundesland auf die 400 Millionen Euro an Sanierungshilfen pro Jahr angewiesen?**

Im Endeffekt stehen alle Länder und auch der Bund vor derselben Frage. Wie soll dieses existenziell notwendige Mammutprogramm für Klimaschutz finanziell gestemmt werden? Mich würde es nicht wundern, wenn mehrere Länder am Ende unserem Weg folgen. Denn auch die reichen Länder werden nicht alle Ausgaben

aus dem normalen Haushalt finanzieren können. Angesichts der beschleunigten Klimakrise muss jetzt investiert werden, um das Schlimmste noch zu vermeiden. Das Zeitfenster dafür ist klein und wird immer kleiner. Unsere Lebensgrundlage hängt an der Klimaneutralität, das darf nicht an der Finanzierung scheitern. Für die Aufnahme neuer Schulden muss es natürlich enge Leitplanken geben, dazu gehört neben klaren Kriterien für die Vorhaben auch ein Tilgungsplan.

**Aus der SPD wurde die Forderung laut, für den Klimaschutz das Neuverschuldungsverbot für die beiden Städte Bremen und Bremerhaven aufzuheben, schließlich machen andere Länder ihren Kommunen keine solche Vorgabe. Was spricht gegen diese Forderung?**

Nach der Landesverfassung ist es die Aufgabe des Landes Bremen, seine beiden Kommunen finanziell zu unterstützen. Genau das werden wir, neben der bisherigen Finanzierung, nun auch mit der Ausnahme zur Schuldenbremse machen. Das Geld soll zielgerichtet für die Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt

werden. Wozu es da einer eigenen Ausnahme für die beiden Städte braucht, wenn doch das Land Bremen das Geld zur Verfügung stellt, konnte bisher niemand so richtig erklären. Schulden aufzunehmen ist ja kein Selbstzweck.

**Die CDU will Mittel für die nötigen Investitionen über eine Klimaanleihe generieren. Sinnvoll?**

Was die CDU vorschlägt, hört sich erstmal gut an, hilft uns bei den Herausforderungen aber auch nicht so richtig weiter. Eine Anleihe hilft eben nur bei rentablen Projekten. Da sollte aber doch der Staat ein hohes Interesse haben, diese Gewinne selbst einzufahren. In meinen Augen ist das nichts als ein PR-Stunt zu Lasten der bremischen Steuerzahler\*innen.

**Der Senat arbeitet derzeit an einer Fastlane für Klimaschutzvorhaben mit dem größten Effekt bei der**

**CO<sub>2</sub>-Einsparung und an einem Klimaaktionsplan für weitere Maßnahmen. Welche Prioritäten muss der Senat dabei setzen?**

Erstmal ist es richtig, dass der Senat Maßnahmen zeitlich priorisiert. Wenn es nach mir geht, muss es bei der Priorisierung um eine möglichst hohe CO<sub>2</sub>-Einsparung gehen und um Projekte, die rasch umsetzbar sind. Wir müssen insgesamt schneller bei den Planungs- und Umsetzungsprozessen werden. Das erfordert ausreichend Personal in den Behörden und eine klare Vorfahrtsregel für den Klimaschutz. Wir müssen auf vier Feldern ganz schnell vorankommen. Neben der Unterstützung der Stahlwerke als größtem Bremer CO<sub>2</sub>-Verursacher auf grüne Wasserstoff-Technologie gehört dazu der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs für die klimafreundliche Verkehrswende. Wichtig ist auch die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude. Gerade in diesem

Bereich muss es zu einer Beschleunigung kommen, weil sich jede Sanierung sofort fürs Klima auszahlt. Nicht zuletzt müssen das Nah- und Fernwärmenetz ausgebaut werden. Wir brauchen den Gas-Ausstieg.

**Der kreditfinanzierte Klima-Topf muss ebenso wie der Corona-Fonds zurückgezahlt werden. Damit fehlen fortan jedes Jahr viele Millionen Euro für andere Bereiche. Droht Bremen erneut ein rigider Sparkurs?**

Nicht zu investieren wäre die schädlichste und teuerste Variante für unser Bundesland. Dann stünden zig tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel und horrende Summen, um die Folgen der Klimakrise zu bekämpfen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Die Finanzierung von Klimaschutz muss oberste Priorität haben. Über die Jahre wird sich das auszahlen. Die Investitionen werden auch dazu beitragen, dass wir am Ende Geld für Energie sparen können und den Wirtschaftsstandort Bremen zukunftsfest aufstellen. Das sichert notwendige Steuereinnahmen. An der Kreditfinanzierung von Klimaschutz führt kein Weg vorbei. Schließlich kann es sich ein Land wie Bremen mit seiner hohen Rate an benachteiligten Schüler\*innen und einer hohen Armquote nicht leisten, bei Bildung oder im Sozialbereich große Abstriche zu machen. Diese Aufgaben erfordern ebenfalls viel Geld, das wir für die Zukunftschancen von Kindern weiter im normalen Haushalt bereitstellen müssen.



# Klimabonus für Bedürftige

Die Grünen wollen ärmere Menschen beim nötigen Klimaschutz unterstützen



**D**ie rasant gestiegenen Energiepreise und die Inflation belasten vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Zwar müssen die meisten Stellschrauben auf Bundesebene gedreht werden, um das abzufedern. Aber auch Bremen hat begrenzte Möglichkeiten, Menschen mit schmalen Budget zu entlasten. Das betrifft insbesondere die 17 Prozent der Bremer Bevölkerung, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Für diese besonders gefährdete Gruppe wollen die Grünen einen Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft einführen. „Wir wollen Sozialleistungsbezieher\*innen mit dem Klimabonus ermöglichen, in eine modernisierte Wohnung mit geringeren Energiekosten zu ziehen“, erläutert der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck die Kernforderung eines Positionspapieres. Für sanierte

Wohnungen fallen höhere Kaltmieten an, weshalb sie bei der Kostenübernahme für die Unterkunft bisher zu teuer sind. Durch den Klimabonus können die Sätze zur Kostenübernahme erhöht werden.

Außerdem will die Fraktion ein Kreditprogramm für ältere, bedürftige Hauseigentümer\*innen auf den Weg bringen, damit die Gebäude im Kampf gegen den Klimawandel zügig energetisch saniert werden.

Außerdem fordert die Fraktion einen Ausbau der Beratungsangebote zum Energiesparen. Zudem wollen die Grünen den Austausch von Kühlgeräten unterstützt wissen. „Alte Kühlschränke sind Energiefresser. Bedürftige Menschen müssen dabei unterstützt werden, ihre alten Geräte gegen energieeffizientere auszutauschen. Dafür braucht es zügig eine Lösung“, so die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

## Portal gegen Steuerbetrug

Mit einem anonymen Hinweisgeberportal im Internet will die Koalition auf grüne Initiative den Kampf gegen Steuerbetrug verstärken. Das Online-Portal ermöglicht bei Nachfragen der Steuerfahndung die anonyme und sichere Kommunikation mit den Hinweisgeber\*innen über ein digitales Postfach, die IP-Adresse wird dabei verschlüsselt. „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Damit werden dem Gemeinwesen erhebliche Mittel z.B. für Bildung oder auch Klimaschutz entzogen. Mit dem anonymen Online-Portal erhalten Whistleblower ein diskretes Instrument, um solche Machenschaften mitzuteilen“, erläutert der Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher Björn Fecker, aus dessen Feder der Antrag stammt.

## Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: iStockphoto, Elisa Meyer